

funden, blieb das Echo an der Basis der Kirchen ziemlich dünn. Seine eigentliche Wirkung kann aber das Gemeinsame Wort der Kirchen erst dann entfalten, wenn sich eine breite Schicht kirchlicher Gruppen und Verbände, aber eben auch die Gemeinden, der einzelne Christ, die einzelne Chri-

stin das Anliegen zu eigen machen. Die vielbeachteten Aussagen, Forderungen und Mahnungen des Gemeinsamen Wortes müssen sich auch im kirchlichen Alltag bewähren, müssen in der Praxis der Kirchenleitung wie des Kirchenvolkes wiederzufinden sein. *Alexander Foitzik*

Ökumene im Wartestand

Die jüngste Bischofssynode des Moskauer Patriarchats

Ende Februar tagte die Bischofssynode der Russischen Orthodoxen Kirche. Sie traf keine Entscheidung in der Frage einer Heiligsprechung des letzten Zaren. Auch die Position des Moskauer Patriarchats gegenüber der ökumenischen Bewegung blieb in der Schwebe. Die Spannungen zwischen einem antiökumenisch-nationalistischen und einem offeneren Flügel sind nicht zu übersehen.

An der Geschichte der Landeskonzile und Bischofssynoden der Russischen Orthodoxen Kirche kann man den Bewegungsspielraum der Kirche im jeweiligen Staatswesen festmachen – im vorrevolutionären Kaiserreich, im Sowjetstaat während verschiedener Perioden, im postkommunistischen Rußland. In der „synodalen Periode“ ohne Patriarch (von Peter dem Großen bis zum Sturz des Kaiserreiches 1917) gab es weder den ganzen Episkopat erfassende Bischofssynoden noch Landeskonzile, die den gesamten Episkopat, Repräsentanten der Mönchs- und der Weltgeistlichkeit sowie der Laien, vereinigt hätten.

Nach der bürgerlichen Revolution vom Februar 1917 konnte, erstmals seit über 200 Jahren, ein Landeskonzil zusammentreten, das unter anderem die Wiedereinführung des Patriarchenamtes beschloß – das war dann aber auch für viele Jahrzehnte das letzte Landeskonzil des Moskauer Patriarchats auf sowjetischem Boden. Eine Bischofssynode, gleich nach der religionspolitischen Wende Stalins zum 8. September 1943 einberufen, versammelte weniger als zwanzig Bischöfe in Moskau – und selbst von diesen war ein großer Teil direkt aus Stalins Lagern eingeflogen worden. Mit Stalins Erlaubnis wählten sie einen Patriarchen: Nach dem Tode von Patriarch Tichon 1925 durfte kein Nachfolger bestellt werden. 1945, nach dem Tode des 1943 gewählten Patriarchen Sergi, trat erstmals wieder ein Landeskonzil zur Patriarchenwahl zusammen.

Die Synoden von 1992 und 1994

Bis zur nächsten Bischofssynode dauerte es siebzehn Jahre: Die Aufgabe der (ursprünglich gar nicht zu einer Synode zusammengerufenen) Bischöfe war 1961 besonders heikel: Sie hatten eine staatliche Verfügung geistlich abzusegnen – wonach künftig kein Priester Mitglied des Kirchenvorstan-

des, des sog. „Exekutivorgans“, und schon gar nicht dessen Vorsitzender sein durfte; auch war es dem Priester nunmehr generell verboten, an den Sitzungen des „Exekutivorgans“ teilzunehmen. Der Priester sei als „Kultdiener“ Angestellter des Kirchenvorstandes („Exekutivorgan“) und habe nur dessen Weisungen zu befolgen.

1971 wählte das erstmals wieder einberufene Landeskonzil einen neuen Patriarchen, *Pimen* (Iswekow, gest. 1990). Danach bildete das Landeskonzil aus Anlaß des Millenniums der Taufe des Kiewer Reiches (1988) das nächste große Ereignis. Diese Feierlichkeiten markierten die religionspolitische Wende in der Sowjetunion. Das Landeskonzil 1988 beschloß eine neue Kirchenordnung, in der Landeskonzil und Bischofssynode als feste Institutionen der Kirche verankert wurden. Das Landeskonzil soll alle fünf bis zehn Jahre, die Bischofssynode alle zwei bis fünf Jahre zusammentreten. Bereits 1990, nach dem Tode von Patriarch Pimen, mußte das Landeskonzil zur Wahl seines Nachfolgers, des jetzigen Patriarchen *Aleksij II.* (Ridiger, geb. 1929), zusammengerufen werden; das nächste Landeskonzil ist für dieses Jahr, 1997, vorgesehen. Bischofssynoden finden seit 1989 regelmäßig im Zwei- bis Dreijahresabstand statt.

Die Bischofssynode von 1992 befaßte sich mit den ukrainischen Querelen und Spaltungen und entkleidete das bisherige Oberhaupt der ukrainischen Gliedkirche des Moskauer Patriarchats, Metropolit *Filaret* (Denisenko, geb. 1929) von Kiew, aller seiner Ämter und stufte ihn in den Rang eines einfachen Mönchs zurück: Er hatte verlangt, daß diese ukrainische Gliedkirche („Ukrainische Orthodoxe Kirche – Patriarchat Moskau“) aus der Russischen Kirche herausgelöst und in die volle Selbständigkeit, die „Autokephalie“, entlassen werde. Filaret (Denisenko) wurde vor allem wegen seiner schismatischen Bestrebungen, darüber hinaus aber auch wegen seiner Verstrickungen mit dem KGB, wegen verschiedener Korruptionsaffären und wegen seiner De-

facto-Ehe zur Zeit seines Bischofsamts seiner Ämter enthoben und gemäßregelt.

Die Bischofssynode von 1994 (29. November bis 2. Dezember) polarisierte die Frage, ob es denn zulässig sei, die liturgischen Texte, und sei es noch so vorsichtig, dem heutigen Sprachgebrauch anzupassen und so die Liturgie jenen Menschen verständlich zu machen, die nach dem Zusammenbruch des Sowjet-Kommunismus den Gottesdienst besuchen – und wegen der in altkirchenslawischer Sprache gefeierten Liturgie dem gottesdienstlichen Geschehen nicht folgen können.

Wird der letzte Zar heiliggesprochen?

Eine personalpolitische Maßnahme der Bischofssynode von Ende 1994 hatte aufhorchen lassen: Der in den Genfer ökumenischen Kreisen und in aller Welt so geliebte Metropolit Pitirim (Netschajew, geb. 1926), in sowjetischen Zeiten de facto Pressesprecher des Patriarchats und bis 1994 Leiter des Patriarchatsverlages, wurde seiner Ämter enthoben und ins dritte Glied zurückgestellt.

Pitirim hatte entscheidend dazu beigetragen, daß im Westen die zahlreichen Hinweise auf die Kirchenunterdrückung im Sowjetstaat meist als Erfindungen von „Ewiggestrigen“, von „Kalten Kriegern“ und von „reaktionären Gegnern der friedlichen Koexistenz“ abqualifiziert wurden. Nichts kennzeichnet das fatale Wirken Pitirims besser als ein Kernsatz, den er seinen westlichen Gesprächspartnern in zahllosen Varianten förmlich einhämmerte: „Die Russische Orthodoxe Kirche hatte in ihrer tausendjährigen Geschichte niemals bessere Existenzbedingungen als im Sowjetstaat.“

Von größerer Bedeutung war eine Entschließung der Synode zur Frage der *Ökumene*. In den Monaten vor der Synode von 1994 hatten die konservativen Strömungen im russischen Episkopat deutlich an Boden gewonnen, deren Sprachrohr der im November 1995 verstorbene Metropolit Ioann von St. Petersburg gewesen war. Eine wenige Wochen vor der Bischofssynode abgehaltene Konferenz, die den Ultrakonservativen als Plattform diente, gab Anlaß zu schlimmsten Befürchtungen. Der „Ökumenismus“ wurde als die schlimmste Häresie des 20. Jahrhunderts bezeichnet. Insider berichteten damals, daß nur das entschiedene Auftreten von Patriarch Aleksij und seinem „Außenminister“, Metropolit Kirill (Gundjajew, geb. 1946) von Smolensk, den Ausstieg des Moskauer Patriarchats aus der Ökumene verhindert hätte. Patriarch Aleksij habe den Bischöfen vorgerechnet, wie viele Bereiche des kirchlichen Lebens nicht mehr funktionsfähig wären, wenn die Mittel, die der Russischen Kirche aus der Ökumene zufließen, ausblieben. Damals hätten sich die Bischöfe den wirtschaftlichen Zwängen gebeugt.

Die jüngste Bischofssynode der Russischen Orthodoxen Kirche tagte vom 18. bis 23. Februar 1997; etwa 150 Bischöfe wurden erwartet. Personalentscheidungen, die Frage der

Kanonisierung der 1918 umgebrachten Familie des letzten russischen Kaisers, Nikolaj II., und abermals die Frage des Verbleibs in der Ökumene standen als wichtigste Punkte auf der Tagesordnung. Daneben wurden weitere Problemkreise – wie z. B. die weitere Annäherung der orthodoxen und altorientalischen Kirchen – erörtert.

Die Bischofssynode fand unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit statt, wobei die Presse durch zahlreiche Wachmänner von Sicherheitsdiensten von den Bischöfen ferngehalten wurde. Die Synode selbst tagte im Fünf-Sterne-Hotel der Kirche, das sich auf dem Gelände des Daniil-Klosters befindet. „Moscow News“ (6.–12.3.1997) berichtete unter dem Titel „Gut bewachte Bischöfe“ recht sarkastisch über die Durchführung der Synode: „Diese wurde von der eisernen Hand des ‚Tabak-Metropoliten‘, von Metropolit Kirill (Gundjajew), Vorsitzender des Amtes für außerorthodoxe Beziehungen, geleitet. Sein Departement hatte auch die Tagesordnung festgelegt, die Kommuniqués und die Informationen für die Presse vorbereitet. Vermutlich waren die Security-Leute auch Kirills Idee ...“

Neben der Amtsenthebung einiger Priester, die sich anderen orthodoxen Gruppierungen zugewandt hatten, zog die *Exkommunizierung zweier Geistlicher* das Interesse auf sich. Der 1992 bereits von seinen Ämtern entbundene und in den Stand eines einfachen Mönches versetzte frühere Metropolit Filaret (Denisenko) von Kiew und der Ukraine wurde nun exkommuniziert. Er war 1995 zum Oberhaupt der bedeutendsten Moskauer Konkurrenzkirche in der Ukraine gewählt worden, zum Patriarchen der „Ukrainischen Orthodoxen Kirche – Patriarchat Kiew“. In Filaret sieht das Patriarchat das Haupthindernis einer uneingeschränkten Moskauer Jurisdiktion über die ganze orthodoxe Ukraine. Persönlich mag Filaret diese Exkommunizierung kaum berühren, jedoch dürfte sie seine Bemühungen um Anerkennung des Kiewer Patriarchats durch die Weltorthodoxie künftig gänzlich ins Leere laufen lassen.

Auch eine weitere Exkommunizierung kommt nicht überraschend – die des Priesters *Gleb Jakunin*. Dieser hat zeit seines priesterlichen Dienstes die – seiner Meinung nach – dem Sowjetstaat verpflichtete Haltung des Patriarchats kritisiert und die Religionsverfolgung der Sowjetbehörden gebrandmarkt. Jakunin verbrachte wegen seines Einsatzes für Religionsfreiheit sieben Jahre in Haft, Lager und Verbannung, bis er 1987 durch die Amnestie Gorbatschows freikam. Jakunin, im Westen als Dissident und Systemkritiker gefeiert, wurde auch nach der Freilassung seiner Rolle gerecht, indem er – obwohl vom Patriarchat wieder als Priester eingesetzt – seine Dauerkritik am Patriarchat erneut aufnahm. Selbst, wo er – häufig genug – recht hatte, stieß sein Auftreten als Dauerquerulant auf Ablehnung.

In letzter Zeit tritt er als Verteidiger einer alles nivellierenden Gleichberechtigung aller religiöser Gruppierungen auf, die keinen rechtlichen Unterschied etwa zwischen dem Moskauer Patriarchat und Sekten wie Moon und Scientology anerkennt. Gegen den erklärten Willen der Kirchenleitung

hatte sich Jakunin 1993 an den Parlamentswahlen beteiligt, wurde auch gewählt – und daraufhin durch die Kirchenleitung vom Priesteramt suspendiert. Zur geradezu tragikomischen Figur wurde er, als er – seine Amtsenthebung ignorierend – sich als Priester dem schismatischen Kiewer Patriarchat unterstellte, wo schon damals Filaret, der suspendierte Metropolit der Ukraine, alle Fäden in der Hand hatte: Früher hatte Jakunin völlig zu Recht diesen Kirchenfürsten als traurigstes Beispiel sowjetischer Einwirkung in das innerkirchliche Leben bezeichnet; nun hat er sich selber ihm unterstellt.

Die Frage der Heiligsprechung des mit seiner ganzen Familie 1918 ermordeten russischen Kaisers Nikolaj stellt wohl weniger eine innerkirchliche Frage als vielmehr ein Politikum dar. In sowjetischer Zeit hat das Moskauer Patriarchat die Kanonisierung der kaiserlichen Familie natürlich weit von sich gewiesen und von einem eminent politischen – monarchistisch-reaktionären – Akt gesprochen, als die Russische Orthodoxe Auslandskirche 1981 die Kanonisierung der „Neu-Märtyrer“ vollzog. Vor fünf Jahren wurde eine spezielle Kommission des Hl. Synods eingesetzt, die die Frage der Heiligsprechung von Kaiser Nikolaj II. und seiner Familie prüfen sollte. Der Vorsitzende der Kommission, Metropolit *Juwenali* (Pojarkow, geb. 1935), sprach sich von vornherein mit aller Entschiedenheit gegen eine Kanonisierung der kaiserlichen Familie aus. An ihrer Heiligsprechung könnten nur politische Kräfte – Monarchisten, Nationalisten, Reaktionäre usw. – ein Interesse haben.

Den Katholiken hält man weiterhin „Proselytismus“ vor

Aber in den letzten Monaten wurde erkennbar, daß Metropolit *Juwenali* seine Meinung revidiert hat. Dieser Meinungsumschwung reflektiert den Rechtsruck im Moskauer Patriarchat – oder jedenfalls eine Tendenz, „streng orthodoxes Bewußtsein“ mit monarchistischen Wunschträumen zu verknüpfen. Seit Anfang 1997 werden auch bei der russischen Regierung restaurative Neigungen vermutet, denn man munkelt von einem Präsidentenerlaß, demzufolge den Nachfahren von Kaiser Nikolaj II. ein offizieller Status in der Russischen Föderation eingeräumt werden soll. Es scheint, daß in den heutigen Krisenzeiten die Administration Jelzins aus einem gewissen monarchistischen Anstrich politischen Gewinn zu ziehen hofft.

Einerseits fordert ein erheblicher Teil der kirchlichen Basis die Heiligsprechung, andererseits gerät das Patriarchat auch unter Druck außerkirchlicher – konservativer und wirtschaftlich sehr mächtiger – Kräfte, die dem Patriarchat möglicherweise den Entzug ihrer finanzstarken Unterstützung androhen, wenn die Kanonisierung der ermordeten kaiserlichen Familie nicht vollzogen wird. Metropolit *Juwenali* selbst sprach von starken Kräften, von denen sich die einen gegen, die anderen für die Heiligsprechung einsetzen.

In dieser schwierigen Lage hat sich die Bischofssynode zu

einem „klaren Jein“ durchgerungen: Einerseits lägen keine zwingenden Gründe für eine Kanonisierung vor, andererseits schließe aber das Martyrium der kaiserlichen Familie während der letzten Periode ihres Lebens eine Heiligsprechung auch nicht aus. Mit anderen Worten: Die Bischofssynode entzog sich einer Entscheidung in dieser heiklen Frage und überwies sie an das im Laufe dieses Jahres noch tagende Landeskonzil. Als „Dulder“ (eine Vorstufe zur Kanonisierung) wird der ermordete Kaiser im Patriarchat schon lange bezeichnet.

Der Vorwurf des Moskauer Patriarchats an den Westen, dieser betreibe in den GUS-Staaten eine hemmungslose Proselytenmacherei, wird selbst in den wenigen ökumenisch offenen Kreisen der Russischen Kirche als maßlos übertrieben zurückgewiesen und als Ablenkungsmanöver bezeichnet. Jedenfalls hat das Patriarchat vor über fünf Jahren eine geistliche Barriere gegen ausländische Mission in den GUS-Staaten aufgerichtet: die These vom „Kanonischen Territorium der Russischen Orthodoxen Kirche“. So heißt es im Abschlußdokument der Bischofssynode, man sei besorgt unter anderem über den anhaltenden „katholischen Proselytismus auf dem kanonischen Territorium der Russischen Orthodoxen Kirche“ (Punkt 34).

Mit dem „kanonischen Territorium“ sind alle jene Gebiete der früheren Sowjetunion gemeint, auf denen Russen, Ukrainer und Weißrussen leben. Sie alle seien vor der Revolution orthodox gewesen und durch die Sowjet-Kommunisten ihrem angestammten Glauben gewaltsam entfremdet worden. Nun, unter den Bedingungen der Religionsfreiheit, könne die Russische Kirche daran gehen, die irregeleiteten Nachfahren orthodoxer Glaubensgenossen für die Kirche zurückzugewinnen. Jedoch habe der Kommunismus die Kirche in eine materielle und teilweise auch intellektuelle Verarmung geführt, so daß die Re-Missionierung atheisierter Russen, Weißrussen und Ukrainer nur sehr langsam vorangehe. Es fehle an Katecheten und an Geld, um Missionare in der benötigten Anzahl auszubilden. In dieses Vakuum seien nun mit viel gewaltigem finanziellem und großem personellem Aufwand westliche Missionen gestoßen. Auch wenn sie heute atheistische Russen für sich gewinnen würden, betrieben sie Proselytenmacherei. Denn es handele sich bei diesen Atheisten oder Agnostikern um Nachkommen von Orthodoxen, auf die allein das Moskauer Patriarchat Anspruch habe. Das „kanonische Territorium“ soll also eine Art Schutzzone des Moskauer Patriarchats bilden, in dem nicht-orthodoxe Kirchen nichts zu suchen haben.

Das Thema „Ökumene“ – in Rußland wird nicht mehr die frühere Bezeichnung „ökumenische Bewegung“, sondern fast nur noch der negativ besetzte Begriff „Ökumenismus“ verwendet – hat seit 1994 nicht an Brisanz verloren. Die immer verzweifeltere Stimmung im Lande, die (mit der sich verschärfenden Notlage, mit den immer existentielleren Problemen jedes einzelnen) in nationalistischen und anti-westlichen Positionen ihren Niederschlag findet, macht auch vor der Kirche nicht Halt. Die Stimmung „Alles Übel kommt vom Westen!“ meint im kirchlichen Umfeld Libera-

lismus, protestantische und katholische Missionsfeldzüge, Kulturprotestantismus, Frauenordination usw. Nur im festen Beharren auf streng orthodoxen Positionen könne die Orthodoxie gegenüber westlichen Aufweichungsbemühungen geschützt werden; nur im festen Beharren auf streng orthodoxen Positionen sei Rußland vor der Katastrophe zu retten. Kurz vor der Synode kam es noch zu einem gewissen Eklat, der in der Öffentlichkeit bisher aber nicht zur Sprache gekommen ist: Vom 28. Januar bis zum 2. Februar sollte im Außenamt des Patriarchats die dritte Konferenz des „Runden Tisches für religiöse Bildung und Diakonie“ stattfinden. Diese Konferenz wurde – auf Initiative des Weltkirchenrates – gegründet, um das Moskauer Patriarchat in Sachen Bildung und beim Aufbau der Diakonie zu unterstützen. Der betreffende Bericht im Informations-Bulletin des Patriarchats (3/1997, S. 11 f.) mit einigen allgemeinen Bemerkungen endet mit einigen kryptischen Wendungen: „Die Teilnehmer diskutierten auch das komplizierte und zuweilen schwierige Klima der zwischenkirchlichen Beziehungen in Rußland. Man kam zum Schluß, daß eine allmähliche Verbesserung des Informationsflusses zwischen den Kirchen, eine Verstärkung der gegenseitigen Verständigung und Zusammenarbeit im Rahmen des „Runden Tisches“ vonnöten sei, wobei allerdings einige Tätigkeitsbereiche weiterhin auf konfessioneller Ebene bearbeitet werden sollten.“

Teilnehmer der Veranstaltung stellen den Vorgang jedoch anders dar und äußern sich tief enttäuscht über die ostentativ antiökumenische Haltung der Vertreter des Patriarchats. Mit dem Außenamt des Patriarchats war abgemacht gewesen, daß über die Vergabe der von den westlichen kirchlichen Organisationen zur Verfügung gestellten Geldmittel auch Vertreter der am Runden Tisch beteiligten Konfessionen beteiligt werden sollten. In dieser Frage kam es zum Konflikt: Die orthodoxen Vertreter beharrten darauf, daß den nicht-orthodoxen Vertretern nur ein Beraterstatus zukomme. Diese beharrten aber auf einer gleichberechtigten Teilnahme aller Konfessionen – darauf sei es zum Bruch gekommen.

Der ökumenisch orientierte Flügel hat Zeit gewonnen

Metropolit *Filaret* (Wachromejew, geb. 1935), Exarch des Moskauer Patriarchats in Weißrußland, hielt als Vorsitzender der theologischen Kommission des Hl. Synods, die sich mit dem Problem der Ökumene befaßt, das einführende Referat. Die Ökumene biete der Orthodoxie reichlich Anlaß, immer allergischer auf den Westen, vor allem auf den Ökumenismus protestantischer Provenienz, zu reagieren. Im Moskauer Patriarchat sei man „irritiert über die Praxis der sog. ökumenischen Gottesdienste und über das Eindringen neuer Tendenzen in Theologie und Praxis des westlichen Protestantismus, die sich in der Frauenordination sowie im Gebrauch der sog. frauengerechten Sprache („inclusive lan-

guage“) äußern, durch die der ursprüngliche Bibeltext verfälscht wird; (und Tendenzen im Protestantismus,) die sich in einer Neubewertung der im Neuen Testament festgelegten moralischen Normen des Umgangs der Geschlechter miteinander zeigen.“

Es heißt, daß es auf der Synode eine starke Gruppe „isolationistisch“ eingestellter Bischöfe gegeben habe, gegen die sich Patriarch Aleksij sowie die Metropoliten Kirill von Smolensk und Filaret von Minsk und deren Anhang hätten durchsetzen müssen. Betrachtet man die Entschließungen genauer, so drängt sich die Vermutung auf, daß eine sachliche Annäherung der Standpunkte von Ökumene-Befürwortern und -Gegnern wohl nicht gelungen ist. Die Synode zog sich gleichsam auf eine formaljuristische Position zurück: Eine so schwerwiegende Entscheidung wie der Ausstieg aus der Ökumene dürfe nicht ohne Absprache mit den orthodoxen Schwesterkirchen getroffen werden: Eine solche habe es aber nicht gegeben:

„Der gesamte Fragenkomplex der Repräsentanz orthodoxer Kirchen in Gremien der heterodoxen Welt, insbesondere in bilateralen Dialogen, in der Arbeit des Weltkirchenrates und in anderen internationalen christlichen Organisationen ist auf die panorthodoxe Ebene zu heben. Es wird betont, daß unbedingt eine Vereinbarung zwischen den einzelnen orthodoxen Nationalkirchen im Zusammenhang mit der



Wo und wie

können die zeitgenöss. Sehnsüchte
 * sensibel wahrgenommen,
 * kritisch unterschieden und
 * behutsam unterstützt werden?

Um diese Fragen geht es beim
**Katechetischen Kongreß,
 19.–22. Mai '97 in Würzburg**

Thema:

**Stimmen der Sehnsucht,
 Sprache des Glaubens?**

Vorträge von:

- * Peter Härtling (Schriftsteller)
- * Paul M. Zulehner (Pastoralsoz.)
- * Medard Kehl (Dogmatiker)
- * Rudolf Englert (Religionspäd.) u.a.

Außerdem:

- * 35 Fachgruppen und Ateliers
- * Liederabend mit Gerhard Schöne
- * Gottesdienste, Kabarett und Musik ...

Anmeldung:

Unterlagen (am besten heute noch) zu bestellen beim
**Deutschen Katecheten-Verein e.V.
 Preysingstr. 83 c, 81667 München
 Tel. 089/48092-242; Fax 48092-237**

Internet:

<http://www.bistum-wuerzburg.de/wuerzburg/dkv/dkv.htm>

Frage der Beziehungen zu Heterodoxen getroffen werden muß. Erst nach einer gesamtorthodoxen Entscheidung wird die (russische) Bischofssynode über ihre fernere Teilnahme oder Nicht-Teilnahme – und zwar an bilateralen und multilateralen interkonfessionellen theologischen Dialogen und auch an der Arbeit im Weltkirchenrat und in anderen internationalen christlichen Organisationen beschließen. Gegenwärtig werden sich Repräsentanten der Russischen Orthodoxen Kirche noch an der Arbeit internationaler christlicher Organisationen beteiligen...“

Anders ausgedrückt heißt das: Es ist den moderaten Kräften im Moskauer Patriarchat gelungen, die Hardliner davon zu überzeugen, daß man in Moskau in einer so wichtigen Frage wie der Ökumene keinen Alleingang unternehmen dürfe: Das Gespräch, die gegenseitige Abstimmung mit den orthodoxen Schwesterkirchen und ein möglichst geschlossenes Handeln der Orthodoxie in Sachen „Ökumenismus“ seien anzustreben. An zwei Stellen wird ausdrücklich gesagt, daß

auf der Bischofssynode nicht nur die immer problematischeren Beziehungen zum Weltkirchenrat zur Diskussion standen, sondern daß das ganze Bündel von Beziehungen zur nicht-orthodoxen Welt neu überdacht werden müsse – sogar die bilateralen Dialoge.

Vor diesem Hintergrund vermögen die beruhigenden Interpretationen aus Moskau, die Sache der Ökumene habe auf der Bischofssynode obsiegt, nicht recht zu überzeugen. Trotzdem: Wichtig ist im Augenblick, daß Patriarch Aleksij sich in einer schwierigen kirchenpolitischen Situation gegen den nationalistisch-antiökumenischen Flügel hat durchsetzen können und daß der ökumenisch orientierte Flügel in der Kirche wieder etwas Zeit gewonnen hat. Eine Mehrheit der Bischöfe war offensichtlich bemüht, nichts zu präjudizieren und grundsätzliche Entscheidungen – wie etwa die der Ökumene oder die der Kanonisierung der Familie des ermordeten Kaisers Nikolaj II. – zu vertagen und somit Möglichkeiten nach allen Seiten offenzulassen. *Gerd Stricker*

„Alles andere als Kirchenstürmerei“

Fragen an die bündnisgrüne Bundestagsabgeordnete Christa Nickels

Konfliktreich und spannungsgeladen ist das Verhältnis zwischen den Kirchen, besonders der katholischen, und den Grünen seit Bestehen der Partei. Gleichzeitig gibt es aber auch Gemeinsamkeiten: im Engagement für die verschiedenen Gruppen sozial Benachteiligter ebenso wie auch bei bestimmten Ziel- und Wertvorstellungen. Wir befragten dazu die kirchenpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, Christa Nickels MdB. Die Fragen stellte Alexander Foitzik.

HK: Frau Nickels, zweimal wurden Sie nun schon im Zentralkomitee der deutschen Katholiken zur Wahl der zugewählten Einzelmitglieder vorgeschlagen. Zweimal wurden Sie aber auch nicht gewählt. Ist das ein Zeichen dafür, daß das Tischtuch zwischen dem ZdK, auch zwischen der katholischen Kirche insgesamt, und den Grünen immer noch zerschnitten ist, wie der damalige ZdK-Präsident Hans Maier 1986 erklärte?

Nickels: Um die Kandidatur beim ZdK hatte ich mich beide Male nicht selbst bemüht, weil ich ja um die Vorbehalte von Seiten der Kirchenleitung weiß. Im ersten Fall wurde ich vorgeschlagen, ohne davon zu wissen und habe aus der Zeitung erfahren, daß ich zwar nicht gewählt wurde, aber ein für mich erstaunlich achtbares Ergebnis erreicht hatte. Beim zweiten Mal hatte der BDKJ, zu dem von meinen früheren verschiedenen Aktivitäten in katholischen Verbänden her schon lange Beziehungen bestehen, angefragt. Das Tischtuch zwischen der Kirche und den Grünen war für mich nie zerschnitten. Das wurde nur behauptet. Daß ein so exponier-

ter Laienvertreter, wie Hans Maier es damals war, sich so äußerte, hat die Grünen natürlich sehr geärgert.

HK: Seit Bestehen der Partei „Die Grünen“ ist das Verhältnis zwischen ihr und besonders der katholischen Kirche zumindest gespannt und konfliktreich. Anfangs sorgten vor allem die Fragen des Lebensschutzes und die Forderung Ihrer Partei auch nach rechtlicher Gleichstellung der verschiedenen Lebensformen für Spannungen. In jüngster Zeit sind es vor allem die Infragestellung des geltenden Staat-Kirche-Verhältnisses, die Forderung nach Abschaffung der Kirchensteuer und die grüne Sympathie für das brandenburgische Unterrichtsfach LER, die für Konfliktstoff sorgen. Lassen sich das grüne und das kirchliche Milieu einfach nicht vereinbaren?

Nickels: Zunächst einmal läßt sich keinesfalls behaupten, daß die Partei und das kirchliche Milieu sich fremd gegenüberstehen. Christinnen und Christen bildeten einen wichtigen Gründungsstrang bei den Grünen. Sie gehörten überwiegend – und ich komme selbst aus diesem Spektrum – zu